

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

10.06.2026

Ausschussbetreuender Fachbereich

Gremien

Schriftführung

Saskia Anger

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 12.05.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:37 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 24.03.2026 - öffentlicher Teil**
0209/2026
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Entwurf des Jahresabschlusses 2024 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach**
0309/2026
- 6 **Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW von Staatszuweisungen bei der Stadt Bergisch Gladbach**
0202/2026

- 7** **Jahresabschluss zum 31.12.2024 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
0183/2026

- 8** **Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und
Ordnung für das Wirtschaftsjahr 2024 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
0185/2026

- 9** **Wirtschaftsplan 2026 der GL Service gGmbH**
0290/2026

- 10** **Teilnahme am Förderprogramm des Bundes „Anpassung urbaner und ländlicher
Räume an den Klimawandel“ mit der Offenlegung der Strunde auf dem Zanders-
Areal**
0313/2026

- 11** **Stellungnahme des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen
nach § 7 LWPG NRW zum ersten kommunalen Wärmeplan der Stadt Bergisch
Gladbach**
0293/2026

- 12** **Einwohnerfragestunde**
0304/2026

- 13** **Änderungsverordnung zur ordnungsbehördlichen Verordnung über das
Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**
0222/2026

- 14** **Entwicklungsplanung zum Projekt Zanders-Areal**
0228/2026

- 15** **Änderung der Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen
Bildungslandschaft in Bergische Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und
Betreuung von Kindern im 6. - 10. Lebensjahr**
0094/2026

- 16** **Änderung der Zuständigkeitsordnung, hier: § 13 Ausschuss für
Chancengerechtigkeit und Integration**
0266/2026/1

- 17** **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten:
hier Staatliches Forstamt Bergisch Gladbach-Königsforst - Forstausschuss**
0264/2026

- 18** **Entsendung von Beiratsmitgliedern in die Fachausschüsse sowie in den
Seniorenbeirat**
0259/2026

- 19** **Mitteilungen zur Umbesetzung in den Ausschüssen**

- 19.1** **Mitteilung der Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft vom 29.04.2026
(eingegangen am 29.04.2026) auf Änderungen ordentlicher Mitglieder und
Vertretungen in Ausschüssen**
0361/2026

- 19.2** **Mitteilung der SPD-Fraktion vom 05.05.2026 (eingegangen am 05.05.2026) über die
Umbesetzung im Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen**

0362/2026

- 20 Anträge der Fraktionen**
- 21 Anfragen der Ratsmitglieder**
 - 21.1 Schriftliche Anfragen**
 - 21.1.1 Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL zum Thema „Personalentwicklung der Stadt Bergisch Gladbach“**
 - 21.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Kreutz eröffnet um 17:00 Uhr die 4. Sitzung des Rates in der XI. Wahlperiode und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung des Rates hätten sich Herr Renneberg (CDU-Fraktion), Herr Kochan (SPD-Fraktion), Herr Dr. Nuding (fraktionslos) und Herr Santillán (fraktionslos) entschuldigt. Frau Außendorf (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) nimmt ab 17:07 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) und Herr Dr. Engel (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:11 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) teil.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Kreutz:

die Einladung vom 22.04.2026 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie

die mit Schreiben vom 08.05.2026 übersandte Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen der vorberatenden Ausschüsse mit den ergänzenden Unterlagen:

eine Mitteilung zur Umbesetzung in den Ausschüssen der Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft vom 29.04.2026 auf Änderungen ordentlicher Mitglieder und Vertretungen in Ausschüssen (Vorlagen Nr. 0361/2026) - als TOP Ö 19.1,

eine Mitteilung zur Umbesetzung in den Ausschüssen der SPD-Fraktion auf Umbesetzung im Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen (Vorlagen Nr. 0362/2026) - als TOP Ö 19.2,

eine schriftliche Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL zum Thema „Personalentwicklung der Stadt Bergisch Gladbach“, die unter TOP Ö 21.1.1 behandelt werde,

sowie für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung die Vorlage Nr. 0356/2026 - Zwischenbericht über die Prüfung der Feuerweherschule-, der TOP N 7 ist Teil der Einladung, jedoch habe die Vorlage bei Versendung noch nicht vorgelegen,

sowie die Vorlage Nr. 0323/2026 - Abgabe einer Verpflichtungserklärung an die Rheinische Zusatzversorgungskasse zugunsten der Zanders-Entwicklungsgesellschaft mbH-, die bereits im AFBL vorgelegt und beschlossen worden sei, die Tagesordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit, um die Vorlage zu erweitern. Der AFBL habe sodann mehrheitlich gegen die Ratsgruppe Bürgerpartei GL beschlossen dem Rat zu empfehlen, dem Beschlussvorschlag der Vorlage zu folgen.

Sodann stelle er die Erweiterung der Tagesordnung, wie bereits im AFBL festgestellt, aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die „Abgabe einer Verpflichtungserklärung an die Rheinische Zusatzversorgungskasse zugunsten der Zanders-Entwicklungsgesellschaft mbH“ (Vorlage Nr. 0323/2026) als TOP N 11.a zur Abstimmung:

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 12.05.2026 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0323/2026 – Abgabe einer Verpflichtungserklärung an die Rheinische Zusatzversorgungskasse zugunsten der Zanders-Entwicklungsgesellschaft mbH - als TOP N 11.a erweitert.

Darüber hinaus wolle er noch zur Kenntnis geben, dass bei der Abstimmung zu TOP Ö 8 – Haushalt 2026 – in der vergangenen Sitzung des Rates am 24.03.2026 von ihm eine falsche Zahl an per Handzeichen abgegebenen „Ja-Stimmen“ ausgesprochen worden sei. Tatsächlich stimmten 38 Mitglieder des Rates (29 Personen aus den Reihen der CDU-Fraktion, 6 Mitglieder aus den Reihen der AfD-Fraktion, 2 Mitglieder der Ratsgruppe Bürgerpartei GL sowie das Einzelratsmitglied Dr. Benno Nuding) für den geänderten Beschlussvorschlag zum Haushalt 2026, dagegen stimmten 31 Ratsmitglieder (13 Ratsmitglieder der SPD-Fraktion, 12 Ratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, jeweils 2 Mitglieder der Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft, der Ratsgruppe Die Linke und das Einzelratsmitglied Tomás M. Santillán und der Bürgermeister).

Herr Dr. Metten merkt an, dass in der Niederschrift keine Zahlenangaben zu Abstimmungsergebnissen protokolliert seien. Er rege hierzu zukünftig ein präziseres Verfahren an. Man könne darüber nachdenken ein elektronisches Abstimmungsverfahren einzuführen. Außerdem hätte er vom Bürgermeister erwartet, dass er bei Bekanntwerden des fälschlich wiedergegebenen Abstimmungsergebnisses, eine Stellungnahme veröffentlicht hätte.

Herr Kreuzt antwortet, dass die Einführung eines elektronischen Abstimmungsverfahrens in den nächsten Monaten geprüft werde. Kurzfristig plädiere er dafür, eine namentliche Abstimmung durchführen zu lassen, da diese ebenfalls eine hohe Prozesssicherheit mit sich bringe.

Herr Dr. Metten erwidert, dass eine namentliche Abstimmung zu jedem Tagesordnungspunkt viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Es sei einfacher, dass der Bürgermeister nach jedem Tagesordnungspunkt kurz das Ergebnis bekanntgebe.

Herr Schmitz erläutert, dass sich die Protokollierung der Abstimmungsergebnisse nach der Geschäftsordnung richten würde. Nach § 26 der Geschäftsordnung würde das Abstimmungsverhalten der Fraktionen wiedergegeben. Würde man hieran etwas verändern wollen müsste die Geschäftsordnung entsprechend geändert werden. Zur Erfassung des Abstimmungsergebnisses wolle man mit dem Softwarehersteller, welcher auch das Ratsinformationssystem zur Verfügung stelle, in Kontakt treten. Möglicherweise könne man hierüber ein elektronisches Abstimmungssystem künftig einführen. Allerdings seien hierfür dieses Jahr keine Haushaltsmittel eingeplant.

Herr Buchen äußert, dass es bei der Erfassung des Abstimmungsverhalten nach Fraktionen nicht notwendig sei, dass so viele Ratsmitglieder anwesend seien. Er habe in der vergangenen Ratssitzung darum gebeten, die genaue Anzahl des Abstimmungsergebnisses zu nennen. Besonders bei den aktuellen Abstimmungsverhältnissen im Rat sei dies von Bedeutung.

Herr Waldschmidt plädiert dafür, das Thema im Ältestenrat zu besprechen.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Haasbach erläutert, dass die CDU-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt noch Ergänzungs- und Korrekturbedarf habe. Deshalb stellt er nach § 15 Abs. 1 d) der Geschäftsordnung einen Antrag auf Vertagung.

Für den Antrag auf Vertagung stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die AfD-Fraktion, die Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft, die Ratsgruppe Die Linke und die Ratsgruppe Bürgerpartei GL. Eine Stimme aus den Reihen der SPD-Fraktion und zwei Stimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN enthalten sich der Stimme. Damit ist der Antrag auf Vertagung einstimmig **angenommen**.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom

24.03.2026 - öffentlicher Teil

0209/2026

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Entwurf des Jahresabschlusses 2024 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach

0309/2026

Herr Dr. Bacmeister äußert, dass in der Planung für das Jahr 2024 für Baumaßnahmen insgesamt 173 Millionen Euro für Investitionen veranschlagt seien. Allerdings seien nur 27,5 Millionen Euro tatsächlich verbaut worden. Im gesamten Investitionsbereich seien 242 Millionen Euro veranschlagt, aber nur knapp 60 Millionen Euro davon tatsächlich verbraucht. Er fragt an, wie es zu solch hohen Abweichungen kommen würde und wie man dies künftig vermeiden könne.

Herr Bertram antwortet, dass eine inhaltliche Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt zu dieser Vorlage noch nicht vorgesehen sei. Das Thema werde vorerst noch in den Rechnungsprüfungsausschuss eingebracht und dort werde es ebenfalls detaillierte Informationen geben. Zu der Frage von Herrn Dr. Bacmeister werde der Niederschrift eine schriftliche Beantwortung beigefügt.

Herr Henkel fragt an, bis wann eine Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgt sei. Die nächste geplante Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sei im November. Allerdings müsse diese dann, zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden und er fragt an, ob es schon eine Einschätzung gebe, wann eine Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses stattfinden werde.

Herr Francois antwortet, dass die Beauftragung am 13.05.2026 an den externen Wirtschaftsprüfer erfolgen solle. Der geprüfte Jahresabschluss solle in die Ratssitzung am 13.10.2026 eingebracht werden. Die Planung einer Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sei der nächste Schritt.

Herr Dr. Bacmeister äußert, dass ihn der lange Zeitraum bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses irritiere. Er sei außerdem der Auffassung, dass der Stadtrat hierzu eine Aufsichtsratsfunktion habe und jederzeit die Möglichkeit haben sollte entsprechend Rückfragen zu stellen. Dass sich etwas an der Vorlage durch eine externe Prüfung verändere, halte er ebenfalls für unwahrscheinlich.

Herr Eggert antwortet, dass die Vorlage sowieso noch in die zuständigen Gremien und danach wieder in den Rat eingebracht werde. Es sei allerdings schwierig nun spontan eine detaillierte Antwort auf Herrn Dr. Bacmeisters Frage zu geben. Eine grobe Antwort könne der Niederschrift schriftlich beigefügt werden.

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW von Staatszuweisungen bei der Stadt Bergisch Gladbach

0202/2026

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden geänderten Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Prüfungsbericht der gpa NRW sowie die hierzu vorgelegten Stellungnahmen der Verwaltung zu den Feststellungen und Empfehlungen zur Kenntnis.

Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über das Ergebnis seiner Beratungen hinsichtlich der vorgelegten Stellungnahmen zu allen Feststellungen und Empfehlungen, die im angehängten Prüfungsbericht der gpa NRW gegenständlich sind.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, nach Ablauf eines Jahres über den Stand der Umsetzung der von der gpa NRW ausgesprochenen Empfehlungen zu berichten. Dabei ist insbesondere darzulegen und zu begründen, aus welchen Gründen einzelne Empfehlungen bislang nicht umgesetzt wurden.

Unter Einbeziehung der Empfehlung des Ausschusses beschließt der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am 12.05.2026 über die in der Vorlage vorgelegte Stellungnahme.

Eine Präsentation von Seiten der gpa NRW ist in diesem Falle nicht vorgesehen.

7. Jahresabschluss zum 31.12.2024 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach
0183/2026

Herr Klein merkt an, dass in der Vorlage zu TOP Ö6 stünde, dass das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 23.04.2026 bekanntgegeben werde. Er fragt an, in welcher Form dies bekanntgegeben worden sei.

Herr Kreuzt antwortet, dass dies über die Aktualisierung der Tagesordnung bekanntgegeben worden sei.

Herr Klein merkt an, dass der Jahresabschluss einen hohen Betrag aufweise, welcher nicht erkennbar den Bürgern zurückgegeben werde. Er fragt an, ob mit diesen Überschüssen Bedarfe im Haushalt gedeckt würden und auch künftig nicht mehr an die Bürger zurückgegeben würden.

Herr Bertram antwortet, dass es die Diskussion über die Überschüsse aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abwasserwerk schon länger gebe. Es handele sich hier um einen Jahresüberschuss nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement. Dieser habe wenig mit einer Kostenüberdeckung nach dem Gebührenrecht gemeinsam. In einem NKF-Jahresabschluss sei ein Überschuss gewollt, welcher dadurch bedingt sei, dass die Aufwendungen niedriger seien als die Erlöse. In den Erlösen seien kalkulatorische Kosten enthalten. Dies sei legitim und dadurch werde nicht der Haushalt subventioniert. Es handele sich hier um eine reine Buchwerttransaktion.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt

1. gemäß § 26 Abs. 3 EigVO NRW die Bilanz zum 31.12.2024 in
Aktiva und Passiva mit 261.661.441,01€
die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresüberschuss von 11.270.936,30€
fest
2. und nimmt gemäß § 26 Abs. 3 EigVO NRW den Lagebericht 2024 zur Kenntnis.
3. Der Jahresüberschuss 2024 wird in Höhe von 11.270.936,30 € im Rahmen des „Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens“ an den städtischen Haushalt abgeführt.

8. Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für das Wirtschaftsjahr 2024 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach
0185/2026

Der Rat fast einstimmig bei Enthaltung von einer Stimme aus den Reihen der SPD-Fraktion, zwei Stimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden **Beschluss**:

Der Rat beschließt die Entlastung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung für das Wirtschaftsjahr 2024 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach.

9. Wirtschaftsplan 2026 der GL Service gGmbH
0290/2026

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stellte, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 17.12.2025 den Wirtschaftsplan 2026 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Der Wirtschaftsplan 2026 der GL Service gGmbH wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. §113 (1) GO NRW erteilt.

10. Teilnahme am Förderprogramm des Bundes „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ mit der Offenlegung der Strunde auf dem Zanders-Areal
0313/2026

Frau Dr. Lübbecke fragt an, ob sie es richtig verstanden habe, dass es zunächst ein Interessensbekundungsverfahren gebe und in Folge dessen der Haushaltsausschuss des Bundestages über die Projekte entscheide.

Herr Migenda bejaht dies.

Frau Dr. Lübbecke fragt an, wie sicher diese Förderung für die Stadt Bergisch Gladbach sei.

Herr Migenda antwortet, dass man dies nicht beantworten könne, da darüber der Bundestag entscheiden werde.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Teilnahme am Förderprogramm des Bundes „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ mit der Einreichung einer Projektskizze zur Offenlegung der Niedrig- und Mittelwasserführung der Strunde über das Zanders-Areal.

11. Stellungnahme des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen nach § 7 LWPG NRW zum ersten kommunalen Wärmeplan der Stadt Bergisch Gladbach
0293/2026

Herr Schöpf äußert, dass die kommunale Wärmeplanung Zeit, Geld und Ressourcen koste, aber nicht sinnvoll sei, da die Klimaerwärmung nicht gefährlich sei. Er fragt an, ob man die kommunale Wärmeplanung nicht beenden könne.

Herr Migenda äußert, dass diese Meinung nicht in der Wissenschaft und aktuellen Bundesregierung vorherrschend sei. Daher könne er diese Aussage nur zur Kenntnis nehmen.

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. Einwohnerfragestunde

0304/2026

Herr Kreutz erläutert, dass Einwohnerfragen von Herrn Hoffmann vorliegen würden.

1. Frage von Herrn Hoffmann:

Was kann die Stadt Bergisch Gladbach zum Bürokratieabbau in Deutschland beitragen?

Antwort der Verwaltung:

„Bürokratie entsteht vor Allem durch gesetzliche Vorgaben des Landes und des Bundes. Die Stadt Bergisch Gladbach ist Mitglied im Städte- und Gemeindebund NRW, der als kommunaler Spitzenverband die Interessen seiner Kommunen auch gegenüber Land und Bund gebündelt vertritt. Die kommunalen Spitzenverbände werden regelmäßig an Gesetzgebungsverfahren beteiligt und geben hierzu Stellungnahmen ab. Im Rahmen dessen engagiert sich der Verband auch für Bürokratieabbau zu Gunsten der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Vor diesem Hintergrund freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass ich am 30.04.2026 von der Mitgliederversammlung in das Präsidium des StGB NRW gewählt wurde und künftig auch dort die Interessen der Stadt Bergisch Gladbach vertreten darf und werde.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

Kann die Wiese auf dem Zanders-Gelände (Eingang Kaufland) für Boote und Wohnmobile vermietet werden?

Antwort der Verwaltung:

„Nein!“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

Wie hoch war der Umsatzausfall durch die Betriebsferien bei der Stadt Bergisch Gladbach?

Antwort der Verwaltung:

„Wir sind als Stadt Bergisch Gladbach weitaus überwiegend im Bereich der Daseinsvorsorge/hoheitliche Leistungen tätig und unsere Personal- und Sachaufwendungen bzw. -kapazitäten stehen nahezu ausschließlich nicht im Zusammenhang mit Leistungen für die ein direktes Marktentgelt für Produktverkäufe oder Dienstleistungen erbracht wird. In den wenigen Fällen, wo dieses denkbar der Fall sein könnte, ist eine Bescheid- oder Rechnungsstellung auch weniger Tage später möglich.“

Die Ratsmitglieder nehmen die vorgetragene Einwohnerfrage und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Änderungsverordnung zur ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

0222/2026

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die 1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

14. Entwicklungsplanung zum Projekt Zanders-Areal

0228/2026

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden geänderten Beschluss:

- I. Der Rat nimmt die städtebauliche Entwicklungsplanung zum Projekt Zanders-Areal zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Entwicklungsplanung zur Grundlage der darauf aufsetzenden Untersuchungen, Fachplanungen sowie Bauleitplanung zu machen.
 - II. Das Projektteam Zanders (ZEG und Verwaltung) wird beauftragt, die aus der städtebaulichen Entwicklungsplanung resultierenden notwendigen Schritte zur Entwicklung und Vermarktung des Geländes in Form von Gutachten, Konzepten, Machbarkeitsstudien und Qualifizierungsverfahren einzuleiten.
 - III. Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung die äußere Erschließung, insbesondere die Mobilität und die Einbindung in das städtische und überörtliche Verkehrsnetz jetzt vordringlich zu bearbeiten. Ziel ist die Vorbereitung rechtssicherer B-Pläne.
15. Änderung der Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergische Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. - 10. Lebensjahr
0094/2026

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden **Beschluss**:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die beigefügte Neufassung der Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach, Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr.

Die überarbeiteten Richtlinien treten zum 1. August 2026 in Kraft und ersetzen die bisher gültige Fassung.

16. Änderung der Zuständigkeitsordnung, hier: § 13 Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
0266/2026/1

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die beigefügte Änderung des § 13 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister.

17. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten: hier Staatliches Forstamt Bergisch Gladbach-Königsforst - Forstausschuss
0264/2026

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Ratsgruppe Bürgerpartei GL folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, anstelle der bisher entsandten städtischen Mitarbeiter folgende Mitarbeiter als der zuständigen Abteilung des Fachbereiches 8 zu entsenden:

Staatliches Forstamt Bergisch Gladbach-Königsforst (Forstausschuss):

Die Stadt Bergisch Gladbach ist als Eigentümerin von kommunalen Waldflächen berechtigt, eine Vertreterin/einen Vertreter und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter zu benennen, die vom Waldbesitzerverband der Gemeinden und Gemeindeverbände und öffentlichen-rechtlichen Körperschaften in Nordrhein-Westfalen e.V. in den Forstausschuss gewählt werden.

bisher Mitglied:
Nollen, Christian

neu:
Schmidt, Theodor

(FB 8/67 StadtGrün)

(FB 8 /24 Gebäude- und Grundstücksverwaltung)

Stellvertretung:
Oberreuther, Volker
(FB 8/67 StadtGrün)

neu:
Euler, Marco
(FB 8 /24 Gebäude- und Grundstücksverwaltung)

18. Entsendung von Beiratsmitgliedern in die Fachausschüsse sowie in den Seniorenbeirat
0259/2026

Der Rat trifft einstimmig folgende **Wahl**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsendet folgende Mitglieder des Inklusionsbeirates in die Fachausschüsse sowie in den Seniorenbeirat laut Beschluss des Inklusionsbeirates vom 25.03.2026:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann:

als beratendes Mitglied: Andrea Kowalewski-Brüwer
als Stellvertretung: Uta Vossebrecker

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden:

als beratendes Mitglied: Roswitha Lawrenz
als Stellvertretung: Angela Mascharz

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

als beratendes Mitglied: Jürgen Münsterteicher
als Stellvertretung: Uta Vossebrecker

Ausschuss für Chancengleichheit und Integration:

als beratendes Mitglied: Jürgen Münsterteicher
als Stellvertretung: Stephan von Sydltitz

Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft:

als beratendes Mitglied: Katharina Kaul
als Stellvertretung: Roswitha Lawrenz

Jugendhilfeausschuss:

als beratendes Mitglied: Victoria Dahm
als Stellvertretung: Martin Holst

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss:

als beratendes Mitglied: Stephan von Sydltitz
als Stellvertretung: Andrea Kowalewski-Brüwer

Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen:

als beratendes Mitglied: Jürgen Münsterteicher
als Stellvertretung: Roswitha Lawrenz

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung:

als beratendes Mitglied: N.N.
als Stellvertretung: N.N.

sowie

Seniorenbeirat:

als beratendes Mitglied: Roswitha Lawrenz
als Stellvertretung: Angela Mascharz

19. Mitteilungen zur Umbesetzung in den Ausschüssen

19.1. Mitteilung der Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft vom 29.04.2026 (eingegangen am 29.04.2026) auf Änderungen ordentlicher Mitglieder und Vertretungen in Ausschüssen *0361/2026*

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

19.2. Mitteilung der SPD-Fraktion vom 05.05.2026 (eingegangen am 05.05.2026) über die Umbesetzung im Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen *0362/2026*

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

20. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

21. Anfragen der Ratsmitglieder

21.1. Schriftliche Anfragen

21.1.1. Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL zum Thema „Personalentwicklung der Stadt Bergisch Gladbach“

Herr Kreutz erläutert, dass es aufgrund der umfangreichen Anfrage mit zahlreichen Detailfragen der Verwaltung nicht möglich gewesen sei, wie vom Fragesteller gewünscht eine schriftliche Beantwortung der Anfrage bis zum Sitzungstermin vorzulegen. Die Anfrage werde daher schriftlich beantwortet und die Antworten der Niederschrift zur heutigen Sitzung als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Metten erinnert in diesem Zusammenhang an die Anfrage der CDU-Fraktion aus der letzten Ratssitzung zum Thema befristete Stellen.

21.2. Mündliche Anfragen

Herr Niemann: Anfrage zum Thema Erreichbarkeit der Gewerbemeldestelle

Herr Niemann bemängelt den Umstand, dass die Gewerbemeldestelle laut eigener Präsenz im Internet nur per E-Mail und nicht telefonisch oder persönlich erreichbar sei.

Herr Kreutz antwortet, dass die Verwaltung hierzu schriftlich Stellung nehmen werde.

Frau Häusling: Anfrage zum Thema Gesamtheit der Ordnungsgelder für Verunreinigung der Verkehrsflächen im Jahr 2025

Frau Häusling erfragt wie viele Ordnungsgelder für die Verunreinigung von Verkehrsflächen und Anlagen durch beispielsweise Lebensmittelreste, Kaugummis und Zigarettenkippen in Höhe von

55€ verhängen worden seien. Weiterhin verweist sie auf einen Tippfehler im Verwarngeld-Katalog zur Ordnungsbehördlichen Verordnung für öffentliche Sicherheit.

Herr Kreutz antwortet, dass die Verwaltung hierzu schriftlich Stellung nehmen werde.

Herr Waldschmidt: Anfrage zum Thema Konnexität in Bergisch Gladbach

Herr Waldschmidt erfragt, ob die Kämmerei eine Möglichkeit habe, die Konnexitätslücke in Bergisch Gladbach zu beziffern.

Herr Eggert erklärt die Konnexitätslücke lasse sich nach Einschätzung der Kommune und des FIFO-Instituts derzeit weder konkret noch belastbar ermitteln. Gründe seien methodische Unschärfen, fehlende Vergleichswerte sowie die Schwierigkeit, Kosten und Folgewirkungen sauber voneinander abzugrenzen. Zudem vertrete das Land häufig die Auffassung, dass lediglich bestehende Standards fortgeführt würden, wodurch das Konnexitätsprinzip oft nicht greife. Selbst das FIFO sehe aktuell keine Möglichkeit, eine belastbare Ermittlung der Konnexitätslücke für kreisangehörige Kommunen vorzunehmen.

Herr Bertram führt aus, dass man sich durch die Unterfinanzierung unter Druck gesetzt fühle und die FIFO-Gutachten kritisch prüfe, da diese als zu pauschal und vereinfachend empfunden wurden. Ziel sei es gewesen, zumindest eine grobe Einschätzung zur eigenen finanziellen Lage und der möglichen Konnexitätslücke zu entwickeln. Dafür habe man insbesondere Bereiche im Sozialwesen betrachtet und mit den zuständigen Mitarbeitenden diskutiert, ob sich Unterdeckungen anhand der Ergebnispläne nachvollziehen lassen. Allerdings zeigte sich, dass die Situation durch die Rolle als kreisangehörige Kommune mit zusätzlichen Aufgaben- und Finanzierungsstrukturen deutlich komplexer sei. Der Aufwand für eine belastbare Analyse erwies sich letztlich als zu hoch, sodass die Gespräche auch bestehende Erwartungen relativierten.

Herr Ebert fragt nach wie es sich bei einfachen Fällen verhalte. Er führt als Beispiel das Klassenhaus am OHG an, welches mit der Planungsgrundlage G8 saniert worden sei, aber nach Abschluss der Sanierung habe es den Bescheid über G9 gegeben.

Herr Kreutz merkt an, dass der AFBL der zuständige Ausschuss wäre, um das Thema zu besprechen.

Herr Fornoff fragt, ob die Stadt Bergisch Gladbach Mittel aus dem Länder- und Kommunalentlastungsgesetz vom 13.04.2026 oder vergleichbaren Programmen des Landes NRW erhalten könne und welche Möglichkeiten die Verwaltung zur Entlastung des Haushalts 2027 ff. ohne weitere Steuer- oder Gebührenerhöhungen sehe.

Herr Bertram erläutert, die Mittelverteilung sei bislang noch nicht bis auf regionale bzw. kommunale Ebene konkretisiert. Zunächst sollen Mittel auf Länderebene bereitgestellt werden. Die Länder müssen anschließend Regelungen für die Weiterverteilung an die Kommunen festlegen. Für NRW wäre zunächst nur die Höhe der bereitgestellten Finanzmittel bekannt, die konkreten Verteilungsschlüssel stünden jedoch noch aus.

Herr Kreutz verdeutlicht, man nehme immer Entlastungsprogrammen dieser Art teil.

Frau Stauer erklärt, die Komplexität der Berechnungen sei deutlich spürbar. In diesem Zusammenhang werde die Frage aufgeworfen, ob Künstliche Intelligenz unterstützend eingesetzt werden könne. Weiter führt sie aus, dass die Frage der Konnexität die Beteiligten seit Jahren beschäftige. Vor diesem Hintergrund werde angeregt zu prüfen, ob bei der bestehenden Komplexität eine Unterstützung durch KI möglich sei.

Herr Kreutz schlägt vor, das Thema bei entsprechend großem Interesse im zuständigen Ausschuss zu behandeln und gemeinsam mit Herrn Dr. Thöne zu erörtern, damit dieser die Sachverhalte erläutern könne.

Herr Henkel: Anfrage zum Thema Einreichung Haushalt Kommunalaufsicht

Herr Henkel fragt an, wann der Kämmerer plane, den Beschluss für den Haushalt 2026 bei der Kommunalaufsicht einzureichen.

Herr Eggert antwortet, man müsse die vorgesehenen konsumtiven Einsparungen auf Maßnahmenebene zunächst konkret festlegen und anschließend prüfen, in welche Produkte diese im Haushalt eingearbeitet werden müssten. Danach werde der Haushalt der Kommunalaufsicht zugeleitet; parallel würde bereits ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht geführt werden, um den Prozess zu beschleunigen. Man habe in der Vergangenheit solche Verfahren bereits erfolgreich beschleunigen können. Er gehe jedoch davon aus, dass eine Genehmigung voraussichtlich nicht vor Ende Juli, eher später, zu erwarten sei.

Herr Henkel fragt nach, ob das Datum konkretisierbar sei.

Herr Eggert führt aus, er könne keinen detaillierten Zeitplan vorlegen und man könne daher von einer schnellstmöglichen Bearbeitung ausgehen. Es werde parallel bereits mit der Kommunalaufsicht gesprochen, damit diese Teile des Haushaltes vorab prüfen könne. Qualität gehe dabei klar vor Schnelligkeit. Ein sauberes Verfahren beschleunige das Genehmigungsverfahren, da weniger Rückfragen entstünden. Man sei daher optimistisch, werde aber keine festen Zusagen machen. Sobald die Unterlagen bei der Kommunalaufsicht eingereicht seien, werde er dies umgehend mitteilen. Man bitte um Vertrauen, dass die Vorlage so schnell wie möglich erfolge.

Herr Kreutz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:57 Uhr.

gez.
Marcel Kreutz
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung